

»Ein Raum zur verbindlichen Abstimmung ...«

Carsten Brosda im Interview über Selbstverständnis und Aufgaben der Kulturministerkonferenz



Dr. Carsten Brosda ist Vorsitzender der Kulturministerkonferenz und Senator für Kultur und Medien der Freien und Hansestadt Hamburg

Carsten Brosda

KuMi: Mit Beginn des Neuen Jahres wird es eine eigenständige Kulturministerkonferenz unter dem Dach der KMK geben und Sie werden ihr erster Vorsitzender sein. Haben Sie schon eine Agenda? Welche sind die drängendsten Fragen, die Sie auf die Tagesordnung setzen werden?

Entscheidend ist zunächst, dass das neue Gremium schnell arbeitsfähig ist und sein Selbstverständnis klärt. Ich finde es wichtig, dass wir einen Raum schaffen, in dem wir uns besser abstimmen und verbindlich vereinbaren können. Themen, anhand derer wir das dann vertiefen können, stehen genug auf der Agenda. Bereits vereinbart sind die Aufarbeitung des kolonialen Erbes und die Lage der Verlagsbranche. Vielfach wird es ganz praktisch darum gehen, wie wir am effektivsten fördern und wie wir unsere Programme kompatibel gestalten – zum Beispiel im Hinblick auf die Aufarbeitung des kolonialen Erbes oder in all den Fällen, in denen wir gemeinsam mit dem Bund auf dem Platz stehen. Außerdem ist die Gründung der »Kultur-MK« ein deutliches Signal, dass die Länder ihre kulturpolitische Verantwortung ernstnehmen: Kulturelle

Angebote bieten wichtige Möglichkeiten zum Austausch und zur Begegnung – sie können identitätsstiftend wirken und gesellschaftspolitische Fingerzeige sein. Dieser wachsenden Bedeutung von Kultur gerecht zu werden und kulturelle Angebote zu fördern und weiter auszubauen ist ein zentrales Anliegen von Kulturpolitik. Auch hier kann die neue »Kultur MK« ansetzen und den Austausch zwischen Ländern, Kommunen, Bund und Künstlerinnen und Künstlern vertiefen und so neue Räume für Kultur schaffen.

Die Initiative zur Bildung der Kulturministerkonferenz hat viel Zustimmung bekommen und dies wohl auch deshalb, weil die Bundeskulturpolitik in den letzten Jahren immer mehr von sich reden machte, während von der KMK kulturpolitisch nichts zu hören war. Wie wollen Sie die Kulturpolitik der Länder wieder sichtbarer machen?

Die Verantwortung für die Kultur liegt in unserem föderalen Staat bei den Ländern – das gilt nicht nur verfassungsrechtlich, sondern auch mit Blick auf die Ressourcen. Länder und Kommunen stellen deutlich den größten Teil

der Kulturförderbudgets in Deutschland zur Verfügung. Das sichert eine sehr vielfältige und lebendige Kulturszene in unserem Land und ist die Grundlage wichtiger und sehr reger Debatten in den Ländern. Seit nun 20 Jahren ist auch die Kulturpolitik des Bundes in diesem Konzert eine vernehmbare Stimme. Angesichts vieler Themen und Herausforderungen, die jenseits der Ländergrenzen beziehungsweise übergreifend relevant sind, hat es Sinn, dass wir die Kompetenzen, die es in den Ländern und auch in den Kommunen gibt, noch besser bündeln und mehr zu einer gemeinsamen Kulturpolitik kommen.

Die Kulturministerkonferenz ist dabei eine eigenständige Plattform, die auch die verfassungsrechtliche Zuständigkeit der Länder für kulturpolitische Fragen wieder stärker in den Fokus rückt und der Vielfalt der Kultur auf Länderebene Rechnung trägt. Konkret wollen wir besprechen, wie wir uns hinsichtlich Vorhaben von nationalem Interesse und kulturpolitischer Maßnahmen, die die Kulturentwicklung der Länder betreffen, positionieren und mit welchen Strategien wir die jeweiligen Themen angehen.

Diese Abstimmung auf Länderebene, die natürlich zum Teil auch gemeinsam mit dem Bund stattfindet, bildet die Grundlage für eine konsequente und nachhaltige Kulturförderung.

Sie haben in einem Interview mit dem NDR bereits die Notwendigkeit der länderinternen Koordination und die Abstimmung der Länderangelegenheiten mit dem Bund und den Kommunen als zentrale Aufgaben genannt. Haben Sie dafür schon konkrete Beispiele oder Themen?

Einiges ist im Koalitionsvertrag der großen Koalition auf Bundesebene benannt. Dort ist vom kooperativen Kulturföderalismus die Rede und von der Notwendigkeit, gesamtstaatliche Bündnisse zum Beispiel zur inklusiven kulturellen Bildung zu schließen. Hier kann die Kultur-MK helfen, die Länderposition in der Abstimmung mit dem Bund zu klären. Hinzu kommen zentrale, übergeordnete Fragen wie der Umgang mit kolonialen Ausstellungsobjekten in den Museen oder die digitale Entwicklung in den Kultureinrichtungen. Das sind Beispiele für komplexe Themenbereiche, die gut verdeutlichen, wie wichtig übergreifende Zielsetzungen und Strategiefindungen der Länder sind.

Die Kulturministerkonferenz soll sich zweimal im Jahr treffen und beraten. Wird sie auch eine Geschäftsstelle und finanzielle Mittel haben, um operativ und fördernd tätig werden zu können?

Die Kultur-MK bleibt ja ein Organ der KMK und wird insofern auf das Generalsekretariat zurückgreifen können. Wir haben vereinbart, dass wir im konkret zuständigen Referat die Ressourcenausstattung verbessern werden, damit wir vom ersten Tag kraftvoll handlungsfähig sind. Hier bauen wir gerade die notwendigen Strukturen auf.

Die Kulturpolitische Gesellschaft und auch der Kulturausschuss des Deutschen Städtetages haben sich dafür ausgesprochen, dass der Bund einen »Bericht zur Lage der Kultur in Deutschland« (ähnlich dem Nationalen Bildungsbericht) erstellen und die Kulturpolitikforschung stärker fördern sollte. Was halten Sie von der Idee?

Grundsätzlich kann eine kontinuierliche, auch empirische Forschung ein wichtiger Impulsgeber für die Kulturpo-

litik sein. Wissenschaftlich gesicherte Informationen können eine Basis bilden, um eine gezielte wie auch langfristig erfolgreiche Kulturförderung zu gewährleisten, die zudem auch argumentativ fundiert ist. Entsprechende Studien müssen aber die zweckfreie Stärkung der Kultur als mittelbares Ziel haben und dürfen nicht als Geschäftsbericht nach rein wirtschaftlichen Maßgaben missverstanden werden. Ein erster wichtiger Schritt kann der Bericht zur sozialen Lage von Künstlerinnen und Künstlern sein, den SPD, CDU und CSU im Koalitionsvertrag im Bund vereinbart haben.

Die deutsche Kulturpolitik steht in den nächsten Dekaden vor großen Herausforderungen. Einige davon haben Sie bereits in Interviews genannt: die Digitalisierung, die Integration, der Umgang mit dem kolonialen Erbe. Die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen und können und damit auch der Klimawandel, die Friedenssicherung, die gesellschaftliche Spaltung wird uns immer mehr in ihren kulturellen Dimensionen beschäftigen. Wird die Kulturministerkonferenz auch eine programmatische Stimme haben?

Aufgabe der Kulturpolitik ist es ja in erster Linie, die Rahmenbedingungen freier Kunst und Kultur zu sichern und zu gewährleisten. In einer Zeit, in der die Freiheit, Offenheit und Vielfalt unserer Gesellschaft und unserer Kultur zunehmend in Frage gestellt wird, ist schon diese Arbeit an der kulturellen Ordnung zutiefst programmatisch. Ich bin aber dafür, dass wir uns in der Kultur-MK nicht so sehr mit meist folgenlosen Appellen befassen, sondern vor allem mit konkreten und praktisch wirksamen Initiativen. Dazu kann auch die Arbeit an der diskursiven Innenausstattung unserer Republik gehören, vor allem aber würde es mich freuen, wenn durch unsere Arbeit noch mehr Künstlerinnen und Kreative die Gelegenheit finden, schöpferisch tätig zu sein und uns mit ihren Werken zu irritieren und zu inspirieren.

Daraus kann ein wechselseitig produktiver Kreislauf entstehen, der auch ein klares Statement insbesondere gegen etwaige Repressionen und gegen die Vereinnahmung der Kultur durch populistische Kräfte setzen soll. Darüber hinaus geht es mit der »Kultur-MK« aber auch ganz praktisch darum, dem kulturellen und kulturpolitischen Diskurs landesweit mehr Sichtbarkeit zu geben,

indem sich auch die Länder noch aktiver in die Debatte begeben.

Der erste Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Michael Naumann, hat den Kulturföderalismus vor zwanzig Jahren als »Verfassungsfolklore« diffamiert. Sitzt dieser Stachel noch im Fleisch? Und wird die Kulturministerkonferenz diese Provokation zurechtrücken?

Ach wissen Sie, in der Kultur haben wir es meist mit starken Meinungen und großer Lust an provokanter Debatte zu tun. Insofern verstehe ich diese Provokation als eine Aufforderung an die Länder, ihre Rolle auch ernst zu nehmen und mit Leben zu füllen. Genau das machen wir gerade. Verantwortung nimmt man nicht dadurch wahr, dass man sie formal reklamiert, sondern dadurch, dass man sie inhaltlich füllt. Das haben wir in den jeweiligen Ländern schon immer gemacht – und es ist sinnvoll, das jetzt auch gemeinsam im ganzen Land zu tun. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass sich der Föderalismus, auch und gerade im Kulturbereich, sehr bewährt hat. Die Kultur-MK bietet die Chance, den Interessen der Länder in der Kulturpolitik noch mehr Gehör zu verschaffen und dadurch unsere kulturelle Vielfalt weiter zu stärken. Das ist keine Folklore, sondern Ausdruck einer modernen Gesellschaft und ihrer diversen Kultur. ■